

AGF EuropaNews

Aktuelles zur Familienpolitik aus Europa – August 2026

Inhalt

Nachrichten aus den europäischen Institutionen	1
Neue Vorschriften über die Transparenz von KI-Systemen in Kraft getreten	1
Recht auf Reparatur und neue Verpackungsvorschriften für weniger Abfall in Kraft getreten	1
EU-Kommission: Welttag der humanitären Hilfe – EU reagiert auf wachsenden weltweiten Bedarf	1
Nachrichten aus den europäischen Staaten	2
Frankreich: Verfassungsrat kippt Social-Media-Verbot für Jugendliche unter 15	2
Vereinigtes Königreich: neue Regierung zur Umsetzung der Kinderrechtskonvention aufgefordert	2
Vereinigtes Königreich: Konsultation zu außerschulischer Bildung und Kindern mit Behinderung	3
Italien: Regierung will die Strafmündigkeit von Jugendlichen verschärfen	3
Spanien: Aufruf zur Gewährleistung der Rechte von Kindern, die in Ceuta angekommen sind	3
Rumänien: Lebenspartnerschaften ungewollt anerkannt?	3
Finnland: Projekt „The Gaming Police“ stärkt die Sicherheit von Jugendlichen im Internet	4
Weitere Nachrichten	4
Australien: Frischgebackene Eltern erhalten sechs Monate Elterngeld	4
Vietnam: Neues Bevölkerungsgesetz in Kraft getreten	4
Klage gegen Meta führt zu mehr Jugendschutz bei Facebook und Instagram in den USA	5
GAROP: Forderungen für eine zukünftige UN-Altenrechtskonvention	5
Dritter Weltkongress altersfreundliche Städte und Gemeinden	5
Eurostat: 27,5 % der Europäer:innen konnten sich keinen einwöchigen Urlaub leisten	6
Eurostat: öffentliche Bildungsausgaben stabil bei 4,7 % des BIP	6
<i>Kurznachricht: Impfquote</i>	6
Berichte und Studien	7
Population Europe: soziale Ungleichheiten in Europa von der frühen Kindheit bis zum Ruhestand	7
TraFaDy: Praxisleitfaden zur Ethik in der Arbeit mit transnationalen Familien	7
Bevorstehende Veranstaltungen	7

Nachrichten aus den europäischen Institutionen

Neue Vorschriften über die Transparenz von KI-Systemen in Kraft getreten

Am 2. August 2026 sind neue Vorschriften über die Transparenz von Systemen mit künstlicher Intelligenz (KI) in Kraft getreten. Kommerzielle Anbieter (einschließlich Influencer) müssen mit KI generierte oder bearbeitete Inhalte eindeutig und sichtbar sowie maschinenlesbar kennzeichnen. Nutzer:innen müssen eindeutig davon in Kenntnis gesetzt werden, wenn sie nicht mit einer realen Person, sondern mit einem KI-System interagieren, z. B. einem Chatbot, einem KI-Agenten oder einem Avatar.

- [EU-Kommission: Sicherere und transparentere KI](#)

Recht auf Reparatur und neue Verpackungsvorschriften für weniger Abfall in Kraft getreten

Verbraucher:innen haben seit dem 31. Juli 2026 das Recht, von Herstellern die Reparatur von Haushalts- und Elektronikprodukten wie Waschmaschinen, Staubsauger, Mobiltelefone und Tablets zu verlangen, kostenlos oder zu einem angemessenen Preis und innerhalb einer angemessenen Frist. Die gesetzliche Gewährleistungsfrist für das Produkt verlängert sich um mindestens 12 Monate, wenn sich der/die Verbraucher:in innerhalb der Gewährleistungsfrist für eine Reparatur anstelle eines Austauschs entscheidet. Die Hersteller sind außerdem dazu verpflichtet, leicht zugängliche Informationen über Reparaturdienste sowie den Zugang zu Ersatzteilen bereitzustellen und letztere zu einem angemessenen Preis anzubieten.

Auch für Verpackungen und Verpackungsabfälle gelten seit dem 12. August 2026 neue Vorschriften in der EU. Verpackungen müssen wiederverwendbar oder verwertbar sein, d. h. sie können nach der Verwendung erneut benutzt oder in andere Produkte umgewandelt werden. Ab 2030 werden bestimmte Einwegverpackungen verboten, wenn nachhaltigere Alternativen verfügbar sind, zum Beispiel für kleine Ketchup-Packungen oder Miniatur-Shampooflaschen in Hotels.

- [EU-Kommission: Recht auf Reparatur – Neue Verbraucherrechte für unkomplizierte Reparaturen](#)
- [EU-Kommission: Neue Verpackungsvorschriften für weniger Abfall und einfacheres Recycling](#)

EU-Kommission: Welttag der humanitären Hilfe – EU reagiert auf wachsenden weltweiten Bedarf

Am 19. August, dem Welttag der humanitären Hilfe, wurden die unentbehrlichen und unermüdlichen Bemühungen humanitärer Hilfskräfte zur Rettung von Menschenleben auf der ganzen Welt gewürdigt. Der Bedarf an humanitärer Hilfe hat ein beispielloses Ausmaß erreicht: Konflikte im Nahen Osten, in der Ukraine und im Sudan sowie klimabedingte Katastrophen haben dazu beigetragen, dass der Bedarf an humanitärer Hilfe im Jahr 2026 mit über 240 Millionen hilfsbedürftigen Menschen einen historischen Höchststand erreicht hat. Die katastrophale humanitäre Lage und drastische Mittelkürzungen erforderten eine Neugewichtung der Prioritäten für Hilfeleistungen (s. [AGF-EuropaNews 4/26](#)). Trotz dieser Kürzungen ist die EU weiterhin der weltweit führende Geber humanitärer Hilfe. Allein die EU-Kommission hat 2026 fast 2 Mrd. Euro an humanitärer Hilfe bereitgestellt. Die humanitäre Hilfe der EU unterstützt häufig Kinder und Familien und erstreckt sich auf Interventionsbereiche wie Lebensmittel und Ernährung, Unterkunft, Gesundheitsversorgung, Wasserversorgung und sanitäre Einrichtungen sowie Bildung unter Notfallbedingungen.

- [EU-Kommission: Welttag der humanitären Hilfe – EU reagiert auf wachsenden weltweiten Bedarf](#)

Nachrichten aus den europäischen Staaten

Frankreich: Verfassungsrat kippt Social-Media-Verbot für Jugendliche unter 15

Der französische Verfassungsrat hat das im Juli vom Parlament beschlossene Social-Media-Verbot für Kinder und Jugendliche unter 15 Jahren gestoppt (s. zuletzt [AGF-EuropaNews 7/26](#)). Es stelle „einen unverhältnismäßigen Eingriff“ in die Meinungs- und Kommunikationsfreiheit dar, begründete der Verfassungsrat. Präsident Emmanuel Macron hat daraufhin eine Überarbeitung des Gesetzes in eine „rechtlich tragfähige“ Form beauftragt.

Vereinigtes Königreich: neue Regierung zur Umsetzung der Kinderrechtskonvention aufgefordert

Mehr als 70 zivilgesellschaftliche Organisationen haben die Regierung aufgefordert, im Rahmen ihres angekündigten Zehnjahresplans für das Vereinigte Königreich einen „klaren Fahrplan“ für die vollständige Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention in britisches Recht vorzulegen. In einem gemeinsamen Schreiben haben die Organisationen den Premierminister Andy Burnham aufgefordert, die Kinderrechte in den Mittelpunkt des Bestrebens der Regierung zu unterstützen, einen stärker präventiv ausgerichteten Staat aufzubauen. Zu den Unterzeichnerinnen gehören die Children's Rights Alliance for England, UNICEF UK und Save the Children UK. In dem Schreiben wird argumentiert, dass die vollständige Umsetzung der Kinderrechtskonvention in britisches Recht dazu beitragen würde, sicherzustellen, dass Kinderrechte bei allen Entscheidungsprozessen der Regierung berücksichtigt werden, sowie die Lebensbedingungen von Kindern und Jugendlichen zu verbessern. Als ersten Schritt hat das Bündnis die Regierung aufgefordert, die empfohlenen Folgenabschätzungen zur Wahrung der Kinderrechte (Child Rights Impact Assessments, CRIAs) gesetzlich zu verankern.

Vereinigtes Königreich: Konsultation zu außerschulischer Bildung und Kindern mit Behinderung

Die Regierung hat eine Konsultation zu Reformen eingeleitet, die darauf abzielen, die Bildung für Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf und Behinderungen zu verbessern, die außerhalb des Regelschulwesens unterrichtet werden. Die Vorschläge zielen darauf ab, die Unterstützung zu verstärken, die Qualitätsstandards zu verbessern, die Zuständigkeiten zu klären und bessere Ergebnisse zu gewährleisten, wobei die Familien weiterhin in die Entscheidungsfindung einbezogen werden sollen. Die Konsultation befasst sich außerdem mit der Unterstützung von Kindern mit besonderen gesundheitlichen Bedürfnissen und der sicheren Nutzung akkreditierter Online-Bildungsanbieter.

Italien: Regierung will die Strafmündigkeit von Jugendlichen verschärfen

Die italienische Regierung hat einen Gesetzentwurf vorgelegt, der die Vorschriften zur strafrechtlichen Verantwortlichkeit von Jugendlichen im Alter von 14 bis 18 Jahren ändern würde. Derzeit muss ein italienisches Gericht die Frage beurteilen, ob ein:e Jugendliche:r zum Zeitpunkt einer mutmaßlichen Straftat in der Lage war, ihre/seine Handlungen zu verstehen und zu kontrollieren. Im Rahmen der vorgeschlagenen Reform würde diese Fähigkeit stattdessen vermutet, sofern nicht Beweise das Gegenteil belegen. Die Reform würde den Ausgangspunkt verändern: Anstatt von einer individuellen Beurteilung des Kindes auszugehen, würde das Justizsystem von einer angenommenen strafrechtlichen Zurechnungsfähigkeit ausgehen. In Italien ist die Belegung der 17 Jugendstrafanstalten des Landes zwischen 2022 und 2025 bereits um mehr als 50 % gestiegen.

Spanien: Aufruf zur Gewährleistung der Rechte von Kindern, die in Ceuta angekommen sind

Das spanische NGO-Netzwerk „Plataforma de Infancia“ reagiert auf die jüngsten Ankünfte in der spanischen Exklave Ceuta und weist auf Verstöße gegen die Rechte von Kindern auf der Flucht hin. „Plataforma de Infancia“ fordert die Behörden nachdrücklich auf, den Schutz von Kindern in den Mittelpunkt jeder Maßnahme zu stellen und die Rechte der in Ceuta angekommenen Minderjährigen im Einklang mit dem Grundsatz des Kindeswohls uneingeschränkt zu gewährleisten. Alle Kinder hätten ein Recht auf Schutz, unabhängig von ihrer Staatsangehörigkeit, ihrem Aufenthaltsstatus oder der Art und Weise, wie sie nach Spanien gelangt sind. Dieses Recht sei im spanischen Recht und in internationalen Verträgen verankert, insbesondere in der Konvention der Vereinten Nationen über die Rechte des Kindes. Jede Entscheidung, die ein Kind betrifft, müsse unter vorrangiger Berücksichtigung des Kindeswohls getroffen werden. Dies erfordere, dass jedes Kind identifiziert und angehört wird, seine individuellen Umstände bewertet werden und etwaige spezifische Schutzbedürfnisse ermittelt werden. Dazu könnten auch die Notwendigkeit der Beantragung internationalen Schutzes oder andere Umstände besonderer Schutzbedürftigkeit gehören.

Rumänien: Lebenspartnerschaften ungewollt anerkannt?

Das rumänische Abgeordnetenhaus hat mit den Stimmen der sozialdemokratischen PSD und der rechtsnationalen AUR-Partei das sogenannte Integritätsgesetz verabschiedet. Demnach sollen künftig Ehepartner:innen ebenso wie Lebenspartner:innen ranghoher Politiker:innen ihre Vermögen und Einkommen offenlegen. Bislang sind Lebenspartnerschaften in Rumänien rechtlich nicht anerkannt. Nun sind Lebenspartner:innen zum ersten Mal in ein Gesetz aufgenommen worden, was nach dem Gleichbehandlungsgrundsatz weitere Bereiche der Anerkennung nach sich ziehen kann.

Finnland: Projekt „The Gaming Police“ stärkt die Sicherheit von Jugendlichen im Internet

Das EU-finanzierte Projekt „The Gaming Police“ bringt die finnische Polizei in digitale Räume und erreicht gefährdete junge Menschen über die Gaming-Communities, die diese bereits nutzen und denen sie vertrauen. Der Schwerpunkt liegt insbesondere auf sexueller Gewalt, Cyberkriminalität und Radikalisierung, die zu Gewalt und Extremismus führen können. Im Rahmen des Projekts werden Schulungsmodelle für Polizeibeamt:innen und Jugendbetreuer:innen entwickelt. Es behandelt Themen wie die Sicherheit von Kindern und Jugendlichen im Internet und die Risiken von Social Gaming in Online-Räumen. Es vermittelt Polizeibeamt:innen das notwendige Fachwissen für die Zusammenarbeit mit Communities in der Gaming-Welt. Sie lernen die Gaming-Kultur und -Sprache kennen und erfahren, wie sie Risiken in der Gaming-Welt erkennen können. Das Projekt organisiert außerdem wöchentliche Online-Gaming-Veranstaltungen für Jugendliche. Diese Veranstaltungen konzentrieren sich auf bestimmte Themen wie Verkehrssicherheit, die Verherrlichung eines kriminellen Lebensstils oder Glücksspiel. Die Kernidee besteht darin, jungen Menschen die Möglichkeit zu geben, anonym mit Polizeibeamt:innen und anderen Fachkräften zu chatten.

Weitere Nachrichten

Australien: Frischgebackene Eltern erhalten sechs Monate Elterngeld

Am 1. Juli ist in Australien eine Ausweitung des Elterngeldes von 22 auf 26 Wochen in Kraft getreten. Auch Adoptiveltern können es beantragen. Die Leistung unterliegt einer Bedürftigkeitsprüfung, einer Arbeitsprüfung

sowie visumsrechtlichen Bestimmungen und kann unter den Eltern oder Betreuungspersonen aufgeteilt werden. Das Elterngeld wird zusätzlich zu etwaigen Elternzeitregelungen des Arbeitgebers gewährt; die staatliche Leistung entspricht dem nationalen Mindestlohn von 1.005 australischen Dollar pro Woche (etwa 618 Euro pro Woche) und ist zu versteuern.

- [Australian Government, Services Australia: Parental Leave Pay](#) 

Vietnam: Neues Bevölkerungsgesetz in Kraft getreten

Am 1. Juli 2026 ist in Vietnam ein neues Bevölkerungsgesetz in Kraft getreten, das einen Übergang vom Ansatz der „Familienplanung“ hin zu „Bevölkerung und Entwicklung“ markiert. Ziel des neuen Gesetzes sei es, die Lebensqualität zu verbessern, die Geburtenraten anzukurbeln, auf die Alterung der Bevölkerung zu reagieren und eine nachhaltige Entwicklung zu gewährleisten. Die Gesundheitsversorgung von Müttern und Kindern ist ein zentrales Ziel des neuen Gesetzes, das finanzielle Anreize und Sozialwohnungen vorsieht und den Mutterschaftsurlaub für Arbeitnehmerinnen, die ihr zweites Kind zur Welt bringen, von 6 auf 7 Monate verlängert hat, um mehr Raum für Betreuung und Organisation zu schaffen, wenn die Familie wächst.

- [Vietnam \(Regierung\): Verlängerter Mutterschaftsurlaub für das zweite Kind](#)

Klage gegen Meta führt zu mehr Jugendschutz bei Facebook und Instagram in den USA

Grundlegende Änderungen beim Jugendschutz und eine Zahlung von 16,7 Milliarden US-Dollar: Darauf hat sich der Konzern Meta mit den klagenden Bundesstaaten geeinigt. Die Kläger hatten dem Konzern vorgeworfen, seine Plattformen Facebook und Instagram gezielt so gestaltet zu haben, dass sie junge Nutzer:innen abhängig machen. Die Änderungen umfassen ein tägliches Zeitlimit von zwei Stunden für Facebook und Instagram zusammen, Sperren in der Nacht und zu Schulzeiten sowie das Aus für „Likes“ und „Reaktionen“. Für personalisierte Empfehlungen und das automatische Abspielen von Videos werden einfachere Optionen zur Deaktivierung eingeführt. Die Änderungen gelten nur in den USA. Die Strafzahlung entspricht in etwa Metas Gewinn von drei bis vier Monaten. Meta möchte sie nicht allein leisten und forderte die Konkurrenten Youtube und Tiktok auf, ihren Beitrag zu leisten. Einer Entschädigung für die Opfer ist Meta mit der Einigung zunächst entkommen. Die EU-Kommission hat Meta dazu aufgefordert, in der EU die gleichen Schutzmaßnahmen wie in den USA anzuwenden.

- [Reuters: Meta agrees to pay \\$18 billion to settle US lawsuits over children's social media addiction](#) 

GAROP: Forderungen für eine zukünftige UN-Altenrechtskonvention

Die Global Alliance for the Rights of Older People (GAROP), der weltweit mehr als 400 Organisationen angehören, hat Forderungen für eine zukünftige UN-Altenrechtskonvention veröffentlicht (s. zuletzt [AGF-EuropaNews 2/26](#)). Das Positionspapier befasst sich mit grundlegenden Fragen zur Ausgestaltung der Konvention – unter anderem mit ihrem Geltungsbereich, den zugrunde liegenden menschenrechtlichen Prinzipien sowie den Mechanismen zu ihrer Umsetzung und Überprüfung. Damit schafft GAROP eine wichtige Grundlage für die Beteiligung der Zivilgesellschaft am weiteren Verhandlungsprozess. Ziel ist die Ausarbeitung eines international rechtsverbindlichen Instruments zum Schutz der Menschenrechte Älterer.

- [GAROP: Rechte Älterer weltweit stärken – Forderungen an eine UN-Altenrechtskonvention](#)  

Dritter Weltkongress altersfreundliche Städte und Gemeinden

Auf Einladung des Königreichs Spanien, der Autonomen Gemeinschaft Baskenland und der WHO trafen sich vom 16. bis 18. Juni 2026 in San Sebastián mehr als 700 Vertreter:innen von Kommunen, Staaten, internationalen Organisationen, Wissenschaft und Zivilgesellschaft sowie ältere Menschen aus aller Welt zum 3. Weltkongress zu altersfreundlichen Städten und Gemeinden. Dies war nach 13 Jahren das erste globale Treffen des WHO-Netzwerks der altersfreundlichen Städte und Gemeinden (Global Network of Age-Friendly Cities and Communities, GNAFCC). Auch aus Deutschland waren Vertreter:innen aus Verwaltung, Politik, Zivilgesellschaft und Wissenschaft vor Ort dabei. Die Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenorganisationen (BAGSO) hat einen Kurzbericht erstellt und lädt zu einer Online-Veranstaltung am 23. September 2026 mit den Teilnehmenden aus Deutschland und Österreich ein, die von ihren Erfahrungen beim Weltkongress berichten werden (s. Veranstaltungen am Ende des Newsletters).

- [BAGSO: Kurzbericht vom 3. Weltkongress zu altersfreundlichen Städten und Gemeinden](#) 

Eurostat: 27,5 % der Europäer:innen konnten sich keinen einwöchigen Urlaub leisten

Im Jahr 2025 konnten sich 27,5 % der EU-Bevölkerung im Alter von 16 Jahren oder älter keinen einwöchigen Jahresurlaub außerhalb ihres Wohnorts leisten. Dieser Anteil stieg im Vergleich zu 2024 um 0,5 Prozentpunkte (pp), liegt jedoch deutlich (um 7,7 pp) unter dem Wert von 2015. Die höchsten Anteile an Menschen, die sich einen einwöchigen Jahresurlaub nicht leisten konnten, wurden in Rumänien (61,4 %), Griechenland (46,6 %) sowie Bulgarien und Ungarn (jeweils 39,1 %) verzeichnet. Im Gegensatz dazu gaben 2025 10,6 % der Menschen in Luxemburg, 12,4 % in Schweden und 12,8 % in den Niederlanden an, sich keinen einwöchigen Urlaub außerhalb ihres Wohnortes leisten zu können. Deutschland schnitt mit 20,9 % besser als der EU-Wert ab und lag auf Platz 11 von 26 Mitgliedstaaten, für die Daten verfügbar waren.

- [Eurostat: 27.5% of Europeans could not afford a week-long holiday](#) 

Eurostat: öffentliche Bildungsausgaben stabil bei 4,7 % des BIP

2023 beliefen sich die öffentlichen Bildungsausgaben (von der Vorschule bis zur Tertiärstufe) in der EU auf 4,7 % ihres Bruttoinlandsprodukts (BIP). Im Vergleich zu 2022 blieb dieser Wert unverändert; gegenüber 2020 (5,0 %) – dem Jahr mit den höchsten öffentlichen Bildungsausgaben seit Beginn der Datenerhebung im Jahr 2012 – ist jedoch ein leichter Rückgang zu verzeichnen. Unter den EU-Ländern wurden die höchsten öffentlichen Bildungsausgaben im Verhältnis zum BIP in Schweden (6,8 %) verzeichnet, gefolgt von Finnland (6,3 %) und Belgien (6,2 %). Die niedrigsten Werte wurden in Rumänien (3,0 %), Griechenland (3,3 %) und Malta (3,4 %) registriert. Deutschland kam mit 4,8 % auf den 11. Platz unter 24 Mitgliedstaaten mit Daten.

- [Eurostat: Public spending on education stable at 4.7% of GDP](#) 

Kurznachricht: Impfquote

- Die weltweite Impfquote steigt langsam an, liegt aber weiterhin unter dem Niveau vor der Pandemie. 2025 erhielten 13,5 Mio. Kinder im 1. Jahr keine Impfung. 57 Länder meldeten große Masernausbrüche.

Berichte und Studien

Population Europe: soziale Ungleichheiten in Europa von der frühen Kindheit bis zum Ruhestand

Dieses Weißbuch liefert Erkenntnisse darüber, wie familiäre Rahmenbedingungen, Bildungssysteme, Gesundheit, Beschäftigung und Wohnverhältnisse zusammenwirken und so zu ungleichen Lebenschancen in ganz Europa führen. Es untersucht Trends und Ursachen von generationenübergreifenden, bildungsbezogenen, arbeitsmarktbezogenen und gesundheitlichen Ungleichheiten im Lebensverlauf der letzten Jahrzehnte und unterscheidet dabei zwischen lokaler, regionaler, nationaler und supranationaler Ebene. Das Projekt hat zudem untersucht, wie verschiedene Lebensbereiche – etwa Bildung, Arbeit, Einkommen, Gesundheit und Wohnsituation – über den gesamten Lebensverlauf hinweg zusammenwirken und sich gegenseitig beeinflussen. Durch die Verknüpfung von Daten auf individueller Ebene mit detaillierten regionalen Indikatoren hat das Projekt aufgezeigt, wie übergeordnete soziale, wirtschaftliche und ökologische Faktoren Ungleichheiten auf komplexe und oft übersehene Weise prägen. Auf der Grundlage dieser umfangreichen Forschung unterstreicht der Bericht die Notwendigkeit sowohl langfristiger Investitionen als auch gezielter Maßnahmen in entscheidenden Lebensphasen. Er enthält Empfehlungen für den Aufbau gerechterer und inklusiverer Gesellschaften.

- [Population Europe: White Paper on Social Inequalities from Early Childhood to Retirement](#)  

TraFaDy: Praxisleitfaden zur Ethik in der Arbeit mit transnationalen Familien

Wie können Fachkräfte transnationale Familien unterstützen, wenn sich Familienleben, Rechte, Betreuung und soziale Absicherung über Grenzen hinweg erstrecken? Wie lassen sich schwierige Entscheidungen so angehen, dass die Menschenwürde, familiäre Beziehungen und die Rechte aller Beteiligten gewahrt bleiben? Die Broschüre des Netzwerks TraFaDy (Transnational Family Dynamics in Europe) vereint ethische Grundsätze, menschenrechtliche Perspektiven, Fachwissen zum Thema Sozialschutz und praktische Fallbeispiele, um Fachkräften dabei zu helfen, über die Herausforderungen nachzudenken, mit denen sie konfrontiert sind, die möglichen Folgen ihrer Entscheidungen abzuwägen und Lösungen zu finden, die fair, einfühlsam und den Umständen jeder einzelnen Familie angemessen sind. Der Leitfaden ist in 15 Sprachen erhältlich.

- [TraFaDy: Ethics in Working with Transnational Families](#) 

Bevorstehende Veranstaltungen

Datum Online / Ort	Titel und Link	Veranstalter
1. September 2026, Brüssel und online	Children Navigating Migration: Building Stronger Protection for Unaccompanied Children	Eurochild
7. September 2026, nahe Kapstadt	3rd International Conference on Children's Rights	Stellenbosch University, Faculty of Law, Südafrika
8. September 2026, online	Tuesday Dialogue: Who can still afford to buy their own home?	Population Europe

Datum Online / Ort	Titel und Link	Veranstalter
9. September 2026, Brüssel	Panel on housing policies and families in Europe: Putting families at the heart of Europe's housing and urban future	ELFAC, ENFFM, CFC and the EP Intergroup on Demography
10. September 2026, online	Ending HIV in Europe – Are we moving fast enough to achieve the 2030 targets?	Euractiv
15. September 2026, online	COFACE working group on single parent families	COFACE
18. September 2026	International Equal Pay Day	UN, EU-Rat
20. September 2026	Weltkindertag (Dtl.)	UNICEF Deutschland
23. September 2026, online	Altersfreundliche Städte und Gemeinden – Ein Rückblick auf den 3. Weltkongress	BAGSO
24. September 2026, Dublin	Break the Cycle Conference – The Importance of Interagency Collaboration in Breaking the Cycle of Inequality for Children and Young People through Prevention, Early Intervention and Family Support	Eurochild; Irish Department of Children, Disability and Equality; Eurofound; Children's Rights Alliance; Tusla
25.-26. September 2026, Warschau	Labour Market Transformations and the Future of Families – Final Conference of the ERC Project LABFER	Interdisciplinary Centre for Labour Market and Family Dynamics (LabFam)
28. September 2026	International Safe Abortion Day	Women's Global Network for Reproductive Rights
1. Oktober 2026	Internationaler Tag der älteren Menschen	UN
1. Oktober 2026	Daphne-CHILD High-level Conference	Eurochild und Terre des Hommes
6. Oktober 2026, online	Tuesday Dialogue: Mind the Parental Age Gap!	Population Europe
8. Oktober 2026, online	The Finnish Family centre model – Evaluating and replicating a European best practice in multi-agency prevention	European Observatory on Family Policy (COFACE und ODISEE University)
12.-14. Oktober 2026	European Week of Regions and Cities 2026	EC und ECR
14. Oktober 2026, Brüssel und online	The Future of Social Investment in Europe: Children at the Heart of the MFF 2028-2034	Eurochild und Save the Children
15. Oktober 2026,	Women, Care and Artificial Intelligence (Breakfast Bytes	COFACE

Datum Online / Ort	Titel und Link	Veranstalter
online	Webinar)	
20. Oktober 2026, online	Tuesday Dialogue - "Boys' Achievement Crisis": myths, evidence, policy challenges	Population Europe
18. November 2026, Valletta, Malta	Implementing the European Child Guarantee for Children with Disabilities	COFACE
1. Dezember 2026, Berlin	Europäisches Fachgespräch zu den Europäischen Initiativen zur Bekämpfung von Familien- und Kinderarmut	AGF

Die Arbeitsgemeinschaft der deutschen Familienorganisationen (AGF) e.V. ist der Zusammenschluss von: Deutscher Familienverband (DFV), evangelische arbeitgemeinschaft familie (eaf), Familienbund der Katholiken (FDK), Verband alleinerziehender Mütter und Väter (VAMV), Verband binationaler Familien und Partnerschaften (iaf), Zukunftsforum Familie (ZFF).

Die Familienverbände setzen sich mit ihren jeweiligen Schwerpunkten für die Interessen und Rechte von Familien ein. Die AGF formuliert die gemeinsamen Anliegen ihrer Mitgliedsverbände und ist mit ihren Tätigkeiten eine aktive Partnerin in Politik und Gesellschaft. Sie setzt sich für die Belange der Familien ein und fördert auf nationaler und internationaler Ebene den Dialog und die Kooperation zwischen den familienpolitischen Organisationen und den Verantwortlichen für Familienpolitik. Ihr Ziel ist die Verbesserung der Rahmenbedingungen für Familien in Deutschland und Europa. Die AGF ist Mitglied der COFACE (Confederation of Family Organisations in the European Union) und im europäischen Netzwerk zu transnationalen Familien TraFaDy (Transnational Family Dynamics in Europe) sowie in der International Commission on Couple and Family Relations (ICCFR) aktiv.



AGF e.V. · Oranienplatz 5, 10999 Berlin ·
Tel.: +49 (0)30 290 28 25-70
E-Mail: europa@ag-familie.de · Web: www.ag-familie.de
Redaktion: Lars Vogelsang, Sven Iversen (v.i.S.d.P.)

Gefördert vom:



Bundesministerium
für Bildung, Familie, Senioren,
Frauen und Jugend